



Wirtschaft

Ein Antijobprogramm für die Schweiz

Die Begrenzung der Zuwanderung kostet auch Schweizer Arbeitsplätze. Das zeichnet sich schon in den ersten Tagen nach der Abstimmung vom vergangenen Sonntag ab. **Von Sebastian Bräuer**



Diese Woche in Zug: Ein internationaler Industriekonzern setzt die Entscheidung aus, im Kanton ein Forschungs- und Entwicklungszentrum zu bauen. Regierungsrat Matthias Michel nennt den Aufschub «bedauerlich». Er fürchtet, dass weitere Firmen folgen könnten; zahlreiche Anrufe von Wirtschaftsvertretern nach dem Zuwanderungsentscheid signalisierten eine «tiefe Verunsicherung». Der Regierungsrat sagt: «Ich erwarte, dass kurzfristig die Unternehmen die Möglichkeiten der derzeitigen Freizügigkeit noch voll ausschöpfen; dass sie grössere Entscheide für Ausbau oder Ansiedlung jedoch aufschieben.»

Diese Woche in Zürich: Eine Technologiefirma entscheidet, eine Software-Abteilung nach Osteuropa zu verlegen. «Die Evaluierung lief schon länger, und der Termin für die Sitzung stand auch schon fest, doch am Schluss hat das Abstimmungsresultat den Ausschlag für den Entscheid gegeben», sagt ein beteiligter Manager. Den bisherigen Angestellten werde gekündigt. Weil dies noch nicht kommuniziert wurde, will der Manager den Namen des Unternehmens nicht in der Zeitung lesen.

Diese Woche in Bern: Die Schweizer Tochter des australischen Pharmakonzerns CSL gerät im internen Standortwettbewerb um ein neues Arzneimittelwerk ins Hintertreffen. «Die Abstimmung vom letzten Sonntag verschlechtert die Aussichten Berns gegenüber Singapur», sagt Uwe E. Jocham, Direktionspräsident von CSL Behring. Es geht um 300 Arbeitsplätze. Unmittelbar nach dem Volksentscheid hat Jocham versucht, seine Vorgesetzten in Australien telefonisch zu beschwichtigen, doch leicht ist das nicht. «Die aktuelle Ballung wirtschaftspolitischer Entscheide wird im Ausland bis weit über die Nachbarländer hinaus registriert und weckt Unbehagen», sagt er. «In der Aussenwahrnehmung steht die Attraktivität des Standorts Schweiz infrage.» Er bezieht sich auch auf die Minder- und die gleichwohl abgelehnte 1:12-Initiative.

«Einige Länder bieten inzwischen attraktivere Bedingungen»: Skyline von Singapur.

Der Volksentscheid, die Zuwanderung zu begrenzen, beeinträchtigt die Schweizer Firmenwelt, ohne dass er überhaupt umgesetzt ist. Bevor absehbar ist, wie das Kontingentsystem konkret funktionieren wird, werden Arbeitsplätze auch von Schweizern verloren gehen. Das deuten die drei Beispiele an, und es wird bestätigt durch Äusserungen führender Wirtschaftsvertreter. «In kürzester Zeit haben drei Volksabstimmungen stattgefunden, die das Vertrauen der internationalen tätigen Unternehmen auf stabile Rahmenbedingungen erschüttert haben», sagt Christian Stiefel, Direktor des Industrieverbands **Swissholdings**. «Es ist klar, dass sich die Verantwortlichen zugezogener Unternehmen überlegen, ob ihre Standortwahl nach wie vor richtig ist.»

Schweizer Standortförderer besitzen kaum ein wichtigeres Argument als die hiesige Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen. Jetzt gerät das Image ins Wanken. Selten ist das Urteil der internationalen Leitmedien so einhellig wie in diesem Fall. «Die letzten Wahlergebnisse stellen die Wirtschaftsfreundlichkeit der Schweiz infrage», schreibt die «Financial Times». Der «Economist» illustriert seinen ähnlich lautenden Kommentar mit einer Grafik, in der Wilhelm Tell mit einer Armbrust auf

seinem Gegenüber zielt, aber letztlich in den eigenen Fuss trifft. Die «New York Times» geisselt in einem Leitartikel die «falsche Nostalgie», die hinter dem Entscheid stehe.

Gegen diese Stimmungslage müssen in den nächsten Monaten Manager wie Jocham von CSL Behring ankämpfen. Er kann überzeugend erklären, dass die Folgen einer Kontingentierung für die Pharmafirma operativ handhabbar sein werden, egal wie streng die Regeln ausfallen. Derzeit besitzen 83% der 1250 Angestellten von CSL in Bern einen Schweizer Pass, es gelingt dem Unternehmen also, hochqualifizierte Einheimische zu finden. Selbst strenge Quoten würden das Geschäftsmodell nicht gefährden. Wenn sich allerdings die australische Konzernspitze beim Bau einer neuen Anlage für Singapur entscheidet, weil sie dem politischen Klima in der Schweiz misstraut, hilft das wenig. Schweizer müssen auf neue Arbeitsplätze verzichten.

Drei Jahre hat der Gesetzgeber Zeit, die Kontingentierung zu regeln. Drei Jahre Unsicherheit in wesentlichen Personalfragen bedeuten für die Wirtschaft schleichendes Gift. Zumal weitere Abstimmungen folgen. «Es ist zu erwarten, dass gewisse Investitionen ausbleiben und Firmen sich zurückhalten werden, sich langfristig an die Schweiz zu binden, bis sie sehen, wohin die Reise geht», sagt Rudolf Minsch, Chefökonom bei Economieuisse. «Die Situation erinnert an 1992, als dem Nein zum EWR-Beitritt eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation folgte», fürchtet gar Swissholdings-Direktor Stiefel. Sein Kollege aus der Pharmabranche, Walter Hölzle vom Verband Vips, verweist auf die Fortschritte Irlands, der Niederlande oder Singapurs im Standortwettbewerb. «Einige Länder bieten steuerlich inzwischen deutlich attraktivere Bedingungen, da kann die Schweiz nicht mithalten», sagt er.

Ökonomen der Credit Suisse haben bereits am Montag eine Studie verfasst, in der sie vorhersagen, dass aufgrund des Entscheids in den kommenden drei Jahren 80 000 Stellen weniger neu geschaffen werden als bisher erwartet. Die Studie ist mehrfach zitiert worden, und sie stiess auch auf Kritik: Wer könne das

schon so genau wissen. Doch das Expertenteam kalkuliert eher vorsichtig, wie Claude Maurer, einer der beteiligten Autoren, klarmacht. Es schätzt den negativen psychologischen Effekt der Initiative weniger gravierend ein als den Kollaps von Lehman Brothers, aber stärker als das Nein zum EWR-Beitritt. Ein Urteil, das nach Gesprächen mit Wirtschaftsvertretern plausibel erscheint. Die Vorstellung, von wegfallenden Arbeitsplätzen seien nur Ausländer betroffen, weist Maurer entschieden zurück: «Aus der Entwicklung resultiert, dass auch für Schweizer weniger Stellen neu geschaffen werden.»

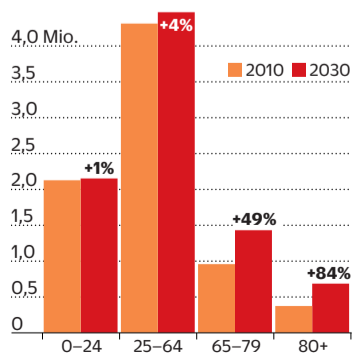
Auch die bei Unterstützern der Initiative verbreitete Vorstellung, die Schweiz könne sich stärker auf das Anwerben von Spitzenkräften konzentrieren, ist für Maurer nicht mit der ökonomischen Realität kompatibel. «Langfristig kann eine Wirtschaft, die nur Hochqualifizierte anzieht, nicht wachsen», sagt er. «Ein Extrembeispiel ist Frankreich mit einem hohen BIP pro Kopf und einer gleichzeitig hohen Arbeitslosenrate.»

In einzelnen Bereichen kommen zusätzliche Unsicherheiten hinzu. Die Gesundheitsbranche muss sich besonders intensiv mit der Alterung der Gesellschaft (siehe Grafik) befassen - ohne Personenfreizügigkeit wird das noch schwerer. Die Stromfirmen Alpiq, Axpo und BKW befürchten, von der 2015 beginnenden Marktkoppelung ausgeschlossen zu werden. Diese Woche wurden die Verhandlungen um das Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU vorläufig auf Eis gelegt. Man werde das weitere Vorgehen im breiteren Kontext der bilateralen Beziehungen analysieren, bestätigt eine Sprecherin von EU-Energiekommissar Günther Oettinger. «Ein Stromabkommen würde Klarheit und Sicherheit schaffen - beides Voraussetzungen für profitable Geschäftsaktivitäten», erklärt BKW-Chefin Suzanne Thoma.

Angesprochen auf die Wirtschaftsbedingungen in der Schweiz, sagte SVP-Vordenker Christoph Blocher am Freitag dem «Tages-Anzeiger»: «Es hat sich nichts wesentlich geändert.» **Mitarbeit: Marco Metzler, Eugen Stamm, Birgit Voigt**

Immer mehr Alte

Prognose zur demografischen Entwicklung in der Schweiz



Weniger neue Stellen

Prognose zum Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum in der Schweiz

